

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Christian Ruck, Kurt-Dieter Grill, Dr. Paul Laufs, Bernward Müller (Jena), Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Klaus-Jürgen Hedrich, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Helmut Lamp, Vera Lengsfeld, Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Die 6. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) muss zum Erfolg führen – Für eine nachhaltige Entwicklungs- und Klimapolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationale Gesamtbilanz des Rio-Prozesses mit seinen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen im Vorfeld des 10-jährigen Jubiläums der UN-Konferenz fällt insgesamt unbefriedigend aus:

Die Industrieländer sind von ihrem selbst gesteckten Ziel, 0,7 % ihres Bruttonationalprodukts an Entwicklungshilfe zu leisten, weiter entfernt denn je. Die Globalisierung der Weltwirtschaft hat zwar auch die Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern stark ansteigen lassen; dieser Effekt blieb jedoch auf knapp ein Dutzend Länder beschränkt. Insgesamt hat sich die Einkommensschere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter geöffnet; auch die Ungleichverteilung von Eigentum, Einkommen und Lebenschancen innerhalb der Entwicklungs- und Schwellenländer spitzt sich weiter zu. Die flächendeckende Umweltzerstörung hat dramatische Ausmaße angenommen, die Tropenwälder als Zentren der globalen Biodiversität schrumpfen unaufhaltsam weiter.

Beim Klimaschutz hinken die meisten Industrieländer weiter hinter ihren eingegangenen Verpflichtungen her. Die USA, aber auch andere sich nachdrücklich zum Klimaschutz bekennende Nationen, registrieren ein Plus bei den CO₂-Emissionen. Auch Deutschland hat unter der jetzigen Bundesregierung seine Vorbildfunktion verloren: Der Entwicklungshaushalt wurde drastisch zurückgefahren, die CO₂-Emissionen sind wegen eines in sich nicht schlüssigen Energie- und Klimaschutzkonzepts der rot-grünen Bundesregierung erstmals wieder angestiegen.

Die 6. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) nach Rio, die die Umsetzung des Kyoto-Protokolls regeln soll, ging am 25. November 2000 in Den Haag ohne Erfolg zu Ende. Sollte die Fortsetzungskonferenz zur 6. VSK im Juli 2001 in Bonn ebenfalls nicht zum Erfolg führen, wird man sich darüber im Klaren sein müssen, dass die Größenordnung der zu bewältigenden Reduktionsaufgabe bei den Treibhausgasen zunehmen und der für die Bewältigung dieser Aufgabe zur Verfügung stehende Zeitraum sich rapide verringern wird. Die Welt hat keine Zeit abzuwarten, bis letzte Gewissheit über das Ausmaß des Klimawandels be-

steht. Sie muss aus Gründen der Vorsorge unverzüglich handeln. Je früher wir handeln, um so wirkungsvoller beugen wir den Gefahren sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen vor. Der jüngste Bericht des zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaänderungen (IPCC) hat noch einmal eindringlich deutlich gemacht, dass der fortschreitende Klimawandel ein unverzügliches und entschlossenes Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft unverzichtbar macht.

Voraussetzung hierfür ist, dass Europa und die USA zu einer gemeinsamen Sichtweise in der Klimaschutzpolitik gelangen. Die derzeit in den USA lebhaft geführte Diskussion zum Klimaschutz und die Feststellung der USA, dass der Klimawandel tatsächlich stattfindet, können die Grundlage dafür sein, die USA wieder in den Entscheidungsprozess einzubinden. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, zusammen mit den europäischen Partnern diese Chance der Zusammenarbeit mit den USA wahrzunehmen.

Wenn die USA und Europa eine erfolgreiche Klimapolitik betreiben wollen, kommen sie an einer Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht vorbei. Schon in wenigen Jahrzehnten werden mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen auf diese Länder entfallen. Das Schicksal des Weltklimas wird dann von Nationen wie China, Indien und Indonesien, mit bereits heute über 2,5 Milliarden Menschen bestimmt. Flexible Instrumente, wie sie auch das Kyoto-Protokoll vorsieht, könnten die Grundlage einer solchen Zusammenarbeit zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern sein. Hier liegen wesentliche Effizienzpotentiale für die Klimapolitik. Sie müssen durch eine geschickte Verknüpfung von Kapital aus den Industrieländern und flexiblen Instrumenten ausgenutzt werden. Die Kombination von Klimaschutzpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Privatinvestitionen birgt die Chance, die globale Herausforderung des Klimawandels, insbesondere auch durch einen verstärkten Technologietransfer, zu bewältigen. Technologie- und Kapitaltransfer in die Schwellen- und Entwicklungsländer ist der beste Klimaschutz.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dafür zu sorgen, dass die deutsche Vorbildrolle im Klimaschutz wieder hergestellt wird auf der Grundlage eines schlüssigen an den energiepolitischen Tatsachen orientierten Energiekonzeptes;
2. dafür zu sorgen, dass alle Mitgliedsstaaten der EU ihre Klimareduktionsziele erfüllen, damit Deutschland mit seinem Anteil von 75 % an den Reduktionsverpflichtungen innerhalb der EU keine Wettbewerbsnachteile erleidet;
3. mit der EU am Ziel eines erfolgreichen Abschlusses des Kyoto-Protokolls ohne Aufweichung seines Inhalts festzuhalten, und gleichzeitig offen zu bleiben für seriöse und konstruktive Vorschläge der USA;
4. die Verwirklichung der Reduktionsziele von Kyoto ökonomisch effizient zu erreichen durch Technologieoffenheit und eine rasche Inangasetzung der Kyoto-Mechanismen, die praktikabel und wettbewerbsorientiert zu gestalten sind;
5. die Entwicklungsländer schneller als bisher geplant in die Klimaschutzpolitik einzubeziehen, die Technologieforschung und den Technologietransfer durch die Industrieländer zu intensivieren und den Schutz der Tropenwälder als CO₂-Senken zu verstärken;
6. die Entwicklungshilfe zu stärken, die Koordination unter den Gebern und die Kohärenz zwischen den einzelnen Politikbereichen zu verbessern.

Berlin, den 25. Juni 2001

Dr. Peter Paziorek
Dr. Christian Ruck
Kurt-Dieter Grill
Dr. Paul Laufs
Bernward Müller (Jena)
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Helmut Lamp
Vera Lengsfeld
Franz Obermeier
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

